

Frankfurter
kriminalwissenschaftliche
Studien 123

Maike Hoenigs

Zur Existenzberechtigung
des Straftatbestandes
der Rechtsbeugung

Korrelat oder Widerspruch
zur richterlichen Unabhängigkeit

PETER LANG

Inhaltsverzeichnis

1. Teil: Einführung in die zu behandelnde Thematik.....	1
2. Teil: Rechtfertigung einer Existenz der Strafbarkeit des Richters wegen Rechtsbeugung im Spannungsfeld zwischen richterlicher Unabhängigkeit und Kontrolle der Dritten Gewalt	5
A. Positionierung des § 339 aus einer Betrachtung ausgewählter dogmatischer Teilaspekte der Norm	5
I. Zur zweifachen Wirkung des § 339.....	5
1. Repressive Wirkungsweise	5
2. Präventive Wirkungsweise	6
a. Herleitung des Haftungsprivilegs aus der Vorschrift des § 339	8
b. Herleitung des Haftungsprivilegs aus der Lehre vom fehlerhaften aber wirksamen Staatsakt	9
c. Begründung der Sperrwirkung mit dem richterlichen Entscheidungszwang.....	10
d. Herleitung des Haftungsprivilegs aus dem Schutz der richterlichen Unabhängigkeit.....	10
e. Stellungnahme	11
II. Der Tatbestand des § 339	12
1. Geschütztes Rechtsgut.....	12
2. Rechtsbegriff und Tathandlung des § 339 und die damit verbundene Unsicherheit des strafrechtlichen Anknüpfungspunktes.....	15
a. Recht im Sinne des § 339.....	15
b. Begehungsmöglichkeiten durch Tun und Unterlassen	24
aa. Rechtsbeugung durch Verfälschung des Sachverhaltes	25
bb. Rechtsbeugung durch fehlerhafte Anwendung von Rechtsnormen.....	25
cc. Rechtsbeugung durch Ermessensmissbrauch/- fehlgebrauch/ -überschreitung	25
dd. Rechtsbeugung durch überlange Verfahrensdauer.....	26
c. Der Begriff der Rechtsbeugung	26
aa. Objektive Theorie	27
bb. Subjektive Theorie.....	29
cc. Gemischte Theorie	29
dd. Pflichtverletzungstheorie	29
ee. Rechtsprechung zum Begriff der Rechtsbeugung	30

d. Die Theorien zum Begriff der Rechtsbeugung vor dem Hintergrund der richterlichen Unabhängigkeit – eine Stellungnahme	32
3. Das subjektive Element	36
a. Vorsatz	36
b. Lösungsansatz zur Sicherung der richterlichen Unabhängigkeit	40
II. Rechtsfolgen	42
III. Eine zusammenfassende Darstellung der Handhabbarkeit des § 339. Stellt die bestehende Norm einen Verstoß gegen das Bestimmtheitsgebot des Art. 103 Abs. 2 GG dar?	43
B. Stellenwert der Rechtsbeugung zur Aufarbeitung von Systemunrecht unter Heranziehung der nationalen Erfahrungen in Deutschland	49
I. Die Strafbarkeit richterlichen Fehlverhaltens in der Geschichte und die sich daraus entwickelnde Strafnorm der Rechtsbeugung.....	49
II. Der Straftatbestand der Rechtsbeugung und dessen Relevanz bei der Aufarbeitung vergangener Staatssysteme	51
1. Zusammenfassende Darstellung der Strafverfolgung des Verbrechens der Rechtsbeugung nach 1945 und 1990.....	53
2. Eine zusammenfassende Darstellung der Rolle des Rechtsbeugungstatbestandes zur Vergangenheitsbewältigung	54
a. Das generelle Problem des Rückwirkungsverbotes.....	56
aa. Rückwirkungsverbot und NS-Justizunrecht	57
bb. Rückwirkungsverbot und DDR-Justizunrecht.....	57
b. Unmittelbar dem § 339 anhaftende Unwägbarkeiten im Zusammenhang mit Systemwechseln.....	62
aa. Problem der richterlichen Unabhängigkeit als Voraussetzung des § 339	62
bb. Problem des "Rechts" i.S.d § 339 in diesem Kontext	64
cc. Problem des Vorsatzes	68
dd. Problem der Rechtsblindheit	70
c. Strafrecht als geeignetes Mittel zur Aufarbeitung von Systemvergangenheit – ein Widerspruch zur Bewahrung eines rechtsstaatlichen Strafrechts? – Ein Fazit	71
C. Der Versuch die praktische Relevanz des § 339 empirisch zu erfassen	81
I. Tabellarische Übersicht der Aburteilungszahlen zu § 339	81
II. Beschreibung der Tabelle	81
III. Zahlen von Ermittlungsverfahren	84

IV. Relevanz der absoluten Zahlen von Aburteilungen und Ermittlungsverfahren auf Grundlage des § 339 für die Frage nach der Existenzberechtigung	85
D. Ein Ausblick auf die Bedeutung der Richterstrafbarkeit im europäischen Rechtsraum	88
I. Eine Rechtsvergleichung	88
1. Frankreich.....	88
2. Italien.....	91
3. Spanien	95
4. Niederlande	97
5. Dänemark	98
6. Schweden.....	99
7. Polen.....	100
8. Österreich	101
II. Sanktion richterlichen Fehlverhaltens in Europa – eine Perspektive für Deutschland?	102
E. Verhältnis der Norm zum Verfassungsrecht – Legitimation aus der Bindung des Richters an Recht und Gesetz?.....	106
I. Berührungspunkte mit der richterlichen Unabhängigkeit im Verfassungsstaat.....	106
1. Garantie der Unabhängigkeit in Art. 92, 97 Abs. 1, 1. HS GG	108
a. Sachliche Unabhängigkeit.....	108
b. Persönliche Unabhängigkeit	109
c. Innere Unabhängigkeit.....	113
2. Gewaltenteilung Art. 20 Abs. 2 Satz 2 GG.....	115
a. Das klassische Verständnis von Gewaltenteilung	115
b. Rechtsbeugung als Machtinstrument für die Exekutive?	117
aa. Strafverfolgung wegen überlanger Gerichtsverfahren.....	118
bb. Strafverfolgung wegen unliebsamer politischer Einstellung .	119
cc. Strafverfolgung wegen Verstoßes gegen die Bindungswirkung	120
c. Auswirkungen auf die Rechtsprechungsqualität.....	121
3. Bindung an Recht und Gesetz Art. 20 Abs. 3 GG	124
a. Strafzwecke/Straftheorien als Teillegitimation der Rechtsbeugung: Mittel zur Sicherung der Gesetzesbindung.....	126
b. § 339 als Ausdruck der Gesetzesbindung im positivistischen Rechtssinne und zugleich Grenze der richterlichen Unabhängigkeit.....	129
aa. Auslegung	132
bb. Lückenfüllung.....	135

cc. Richterliche Gehorsamsverweigerung	137
c. Die gegenwärtige Illusion der Bindung an Recht und Gesetz: § 339 als Marginalisierung der Unabhängigkeit vor dem Hintergrund der fortschreitenden Entpositivierung und Informalisierung.....	138
aa. Entpositivierung als Gefahr für den Richter	138
bb. Informalisierung und Verwissenschaftlichung als Gefahr für den Richter	139
cc. Politisierung als Gefahr für den Richter	141
II. Rechtfertigung der Existenz eines Rechtsbeugungstatbestandes vor dem Hintergrund ausgewählter Verfassungsprinzipien?	143
3. Teil: Notwendige Reaktionen auf die gewonnenen Erkenntnisse und die Konsequenzen für den Straftatbestand der Rechtsbeugung.....	146
A. Zusammenfassende Darstellung der abstrakten und konkreten Berechtigung zur Existenz des Straftatbestandes der Rechtsbeugung – letztlich eine Frage der Verhältnismäßigkeit?.....	146
I. Geeignetheit des § 339.....	147
II. Erforderlichkeit des § 339 – eine Darstellung der sonstigen Folgen einer Fehlentscheidung	150
1. Die Amtsdelikte des 30. Abschnittes des Strafgesetzbuches.....	151
2. Die Richteranklage gemäß Art. 98 Abs. 2 GG	152
3. Disziplinarmaßnahmen § 61 DRiG	153
4. Dienstaufsicht § 26 DRiG	153
5. Instanzenzug und Kollegialgerichte.....	154
6. Verfassungsbeschwerde Art. 93 Abs. 1 Nr. 4a GG	155
7. Amtshaftung wegen Judikativunrecht gemäß § 839 BGB, Art. 34 GG	155
8. Ergebnis zur Erforderlichkeit des § 339.....	156
III. Angemessenheit des § 339	158
B. Versuch eines Lösungsvorschlags	159
Literaturverzeichnis.....	163